

# Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 1/22. Jg.

Mitteilungsblatt

Januar 2017

---

Zu dieser Ausgabe:

Die im November 2016 stattgefundene Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner erörterte die Stellung der revolutionären Arbeiterbewegung zu Problemen der europäischen Integration. Sie arbeitete insbesondere den objektiven Charakter dieses Prozesses, sein kapitalistisches, imperialistisches Wesen und die dadurch bedingte Position der Arbeiterklasse und anderer gesellschaftlicher Schichten zu dieser Entwicklung heraus. Von den Materialien der Konferenz dokumentieren wir in dieser Nummer den Vortrag von Heinz Karl, welcher der Genesis dieser Problematik gewidmet war.

Der Vortrag von Herbert Meißner über Leo Trotzki schlägt die Brücke zu einer Problematik, die 2017 besondere Aufmerksamkeit beansprucht – dem 100. Jahrestag der Oktoberrevolution 1917 und ihren weltgeschichtlichen Wirkungen.

Das widerspiegelt auch unser Veranstaltungsplan für 2017, insbesondere mit der Konferenz am 18. Februar in Berlin. Weitere Veranstaltungen sind der Betrachtung gewichtiger aktueller Probleme - des Kampfes um den Frieden, gegen Rechtsentwicklungen und faschistische Gefahren sowie des deutsch-russischen Verhältnisses - im Lichte der geschichtlichen Erfahrungen gewidmet.

Heinz Karl

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. sc. Heinz Karl „Europa“ in der Sicht der revolutionären Arbeiterbewegung (vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg)	S. 3
Prof. Dr. habil. Herbert Meißner Leo Trotzki im Roten Oktober	S. 10
Veranstaltungen des Arbeitskreises 2017	S. 18

Impressum: Die *Geschichtskorrespondenz* erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos per e-Mail zur Verfügung gestellt.

eMail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) e-Mail-Adresse entweder per Mail an die obige e-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800 962 148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint April 2017.

Prof. Dr. Heinz Karl

## **„Europa“ in der Sicht der revolutionären Arbeiterbewegung (vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg)\***

Die ökonomische, politische und militärische Integration der Mehrzahl der kapitalistischen Staaten Europas reifte und formte sich aus nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber Tendenzen dieser Entwicklung zeichneten sich bereits im Zusammenhang mit dem Übergang zum Imperialismus ab und verstärkten sich zwischen den beiden Weltkriegen. Schon in dieser Zeit traten ihre wichtigsten Triebkräfte und Akteure in Erscheinung. Und schon damals zeigten sich die negativen Auswirkungen imperialistischer Integrationsbestrebungen auf die Arbeiterklasse und andere Volksschichten, wurden von der revolutionären Arbeiterbewegung zunächst indirekt, dann auch direkt theoretisch-politisch reflektiert und von Anfang an bekämpft. Und bereits damals trat das Problem der internationalen Koordinierung dieses Kampfes auf die Tagesordnung und wurde praktisch angegangen.

Schon im letzten Jahrzehnt des 19. und im ersten des 20. Jahrhunderts werden den europäischen Raum mehr oder weniger umspannende imperialistische Integrationskonzepte entwickelt.<sup>1/</sup> Sie entwerfen etwa ein vereinigtes bzw. verbündetes Mittel- und Westeuropa in Konkurrenz zu den USA und den tendenziös als außereuropäisch deklarierten Mächten Großbritannien und Russland. Oder eine um Deutschland und Österreich-Ungarn gruppierte Machtzusammenballung von Belgien und den Niederlanden im Westen bis Konstantinopel im Südosten. Und es entstehen entsprechende imperialistische Interessenorganisationen. Schon 1891 wird der Alldeutsche Verband gegründet, 1904 der Mitteleuropäische Wirtschafts-Verein.

Die sozialistischen Parteien setzen sich mit diesen Entwicklungen insoweit auseinander – z.B. im Zusammenhang mit Handelsverträgen, Zollregelungen, Verkehrstarifen -, als sie unmittelbar die materielle Lage der Massen berühren, nicht mit der grundlegenden Entwicklungstendenz.<sup>2/</sup> Für sie ist das grundlegende, das brennendste internationale Problem das von Krieg und Frieden. Die sich verschärfenden Konflikte zwischen den Großmächten, die wachsenden Rüstungen, der zunehmende Einfluss des Militarismus sind für sie – mit Recht – die Kardinalfrage. Sie stehen im Zentrum der Beratungen der Internationalen Sozialisten-Kongresse. Der Stuttgarter Kongress 1907 charakterisiert die Kriege als Folgen des kapitalistischen Konkurrenzkampfes und brandmarkt die kapitalistische Motivation des Wettrüstens.<sup>3/</sup> Der Basler Kongress 1912 appelliert an die Sozialisten der Balkanländer, mit aller Kraft nationalistische Spaltungen zu bekämpfen.<sup>4/</sup> Der unversöhnliche Kampf gegen den von den herrschenden Klassen systematisch in die Massen getragenen Chauvinismus ist ein ständiges Thema in der Internationale. So spricht sich der Nürnberger SPD-Parteitag 1908 in einer von Clara Zetkin eingebrachten „Resolution gegen die Kriegshetze“ unter Bezugnahme auf den Stuttgarter Kongress „für die Überwindung des chauvinistischen Geistes“<sup>5/</sup> aus. Betont widmet man sich dem Verhältnis zwischen den Völkern Deutschlands und Frankreichs. Zum Sedantag 1895 gibt die SPD ein aufklärendes Flugblatt gegen die nationalistische Verhetzung heraus.<sup>6/</sup> Am 1. März 1913 erscheint in der deutschen und französischen sozialistischen Presse ein gemeinsames Manifest der beiden Parteien gegen die Rüstungen, das von allen Mitgliedern beider Parteivorstände und beider Parlamentsfraktionen unterzeichnet ist.<sup>7/</sup>

### **Gegen den Krieg der Imperialisten zur Neuaufteilung Europas**

Wie sehr die diversen Europa-Konzepte reale Interessen der imperialistischen Bourgeoisie und ihrer politischen und militärischen Eliten widerspiegeln, zeigte sich sehr deutlich, nachdem sie den von ihnen langfristig und systematisch vorbereiteten Großen Krieg zur Neuaufteilung Europas und der Welt entfesselt hatten, nämlich in der Formulierung der Kriegsziele. Bereits im ersten von Reichskanzler Bethmann Hollweg am 9. September 1914 fixierten Kriegszielprogramm hieß es über das – durch zahlreiche konkrete Annexionsforderungen in Ost und West untersetzte – „allgemeine Ziel des Krieges“: „Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herr-

schaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.“/8/ Im gleichen Sinne forderte Generalstabschef v. Moltke einen Frieden, „der für unabsehbare Zeit von keinem Feind mehr gestört werden kann“/9/ – d.h. eine durch die *Ohnmacht* konkurrierender Mächte abgesicherte Vormachtstellung des imperialistischen Deutschland.

Das ökonomische Fundament und damit den eigentlichen Sinn und Zweck dieser vordergründig nur politisch-militärisch charakterisierten, durch einen europäischen, ja Weltkrieg erstrebten Konstellation hatte bereits im August – Gedanken *aus den Vorkriegsjahren* fortsetzend – der Großindustrielle Walter Rathenau in einer Denkschrift an Bethmann Hollweg umrissen. Ihren Kerngedanken fasst Fritz Fischer so zusammen: „Nur ein durch ‚Mitteleuropa‘ verstärktes Deutschland sei in der Lage, sich zwischen den Weltmächten Großbritannien, USA und Rußland als ebenbürtige Weltmacht zu behaupten.“/10/ In das gleiche Horn stieß der Chef der Deutschen Bank, v. Gwinner./11/ Bethmann Hollweg griff dieses Konzept – mit der Zoll- und Wirtschaftsunion Deutschlands und Österreich-Ungarns als Kernstück – voll auf./12/

In Übereinstimmung mit der Programmatik und Beschlusslage der sozialistischen Bewegung kennzeichneten die revolutionären Marxisten den Weltkrieg als wohlvorbereiteten imperialistischen Raubkrieg, der allein den Profit- und Machtinteressen der Bourgeoisie dient, aber für die Volksmassen eine Katastrophe ist und unversöhnlich bekämpft werden muss mit dem Ziel des Sturzes der Bourgeoisie./13/

In der Junius-Broschüre (Die Krise der Sozialdemokratie – April 1915 verfasst, Februar 1916 erschienen) erläutert Rosa Luxemburg am Beispiel *eines* der imperialistischen Räuber Sinn und Zweck des Krieges: „Der entschiedene Sieg Deutschlands würde als nächstes Ergebnis die Annexion Belgiens sowie möglicherweise noch einiger Landstriche im Osten und Westen und eines Teils der französischen Kolonien herbeiführen, zugleich die Erhaltung der Habsburger Monarchie und ihre Bereicherung um neue Gebiete, endlich die Erhaltung einer fiktiven ‚Integrität‘ der Türkei unter deutschem Protektorat, d.h. gleichzeitige Verwandlung Kleinasiens und Mesopotamiens in dieser oder jener Form in deutsche Provinzen. Im weiteren Ergebnis würde daraus die tatsächliche militärische und ökonomische Hegemonie Deutschlands in Europa folgen.“/14/

Der imperialistischen Kriegspolitik – als schärfster, barbarischster Form des imperialistischen Konkurrenzkampfes – wurde auch von revolutionären Marxisten die Losung der Vereinigten Staaten von Europa entgegengestellt. So hieß es im Manifest des ZK der SDAPR vom Oktober 1914 u.a.: „Die nächste politische Losung der europäischen Sozialdemokratie muß die Gründung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa sein...“/15/ Diese Losung wurde – nach eingehender Erörterung des ökonomischen Aspekts der Problematik, der Entwicklung des Imperialismus - im August 1915 zurückgezogen, weil „die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär“/16/ seien. Sie seien insofern unmöglich, als *die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus* die Kräfte- und Machtverhältnisse ständig verändere und keine *stabile* Einheit zulasse./17/ Möglich seien sie nur als *zeitweilige* Abkommen zwischen den Kapitalisten und Mächten Europas „darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien *gegen* Japan und Amerika verteidigen könnte“/18/ – und dann wären sie reaktionär.

## **Internationale Solidarität gegen imperialistische Integrationsbestrebungen**

Nach dem Ersten Weltkrieg begann eine Entwicklung, die drei Jahrzehnte später, mit dem Pariser Vertrag vom 18. April 1951, zur Montanunion (*Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl*) führte, einem der Fundamente der heutigen EU. Über die seinerzeitige Interessenlage sagte das Manifest des 8. Parteitages der KPD (Januar/Februar 1923) sehr treffend: „Eines der Mittel zur Aufrichtung der deutschen Weltherrschaft war das Bestreben, die Erzproduktion Frankreichs in die Hände zu bekommen. Das war das Programm der deutschen Wirtschaftsverbände, das war die Sehnsucht nach Annexionen im Westen... Der siegreiche französische Imperialismus hat diese Ziele des deutschen übernommen. Braucht das deutsche Großkapital die französischen Erze, so braucht die französische Schwerindustrie den deutschen Koks.“/19/ Aber auch sie war von einem Totalerfolg weit entfernt. Zum einen, weil der deutsche Konkurrent zwar im Nachteil, aber keineswegs handlungsunfähig war. Zum andern, weil das britische und amerikanische Finanzkapital eine

französische wirtschaftliche Hegemonie in Europa ebenso zu verhindern entschlossen waren, wie zuvor die deutsche. Aus dieser Patt-Situation erwachsen immer wieder Versuche, zu einer typisch imperialistischen „Verständigung“ zwischen den führenden Kreisen des deutschen und des französischen Kapitals zu gelangen, wobei normales monopolkapitalistisches „catch as catch can“ und Androhungen, ja Demonstrationen militärischer Gewalt sich abwechselten.

Ein Meilenstein auf diesem Wege war der von Hugo Stinnes und dem Marquis de Lubersac ausgehandelte Vertrag vom 14. August 1922, der die im Rahmen der Reparationen erfolgenden Sachlieferungen faktisch in die Hände von Stinnes legte, und dies ohne jede Kontrolle durch Staat und Gewerkschaften. Stinnes erwartete als eine Folge dieses Vertrages die Bildung deutsch-französischer Kartelle. Der Zentralausschuss der KPD erklärte zum Stinnes-Lubersac-Abkommen, dass die „Verbindung der französischen und deutschen Schwerindustrie ... die Ausbeutung und Unterdrückung der deutschen und der französischen Arbeiter durch die Herrscher dieses Montantrusts und die hinter ihnen stehende Staatsmacht verschärfen“/20/ würde. Bereits am 26. August 1922 hatten die Führungen der FKP und der KPD in einem gemeinsamen Aufruf an das deutsche und französische Proletariat gewarnt, dass „die Vereinigung der Erze des Lothringer Beckens und der Ruhrkohle ... unter einem kapitalistischen Regiment hüben und drüben nur mit konterrevolutionären Mitteln sich durchsetzen kann“/21/.

Dennoch führte das Abkommen zu keiner Einigung. Jeder der beiden Kontrahenten beanspruchte im gemeinsamen Montantrust einen Anteil von 60 % und wollte dem anderen nur 40 % zugestehen. Die Interessengegensätze spitzten sich weiter zu. Im Januar 1923 spielten die französischen Monopolkreise ihren vermeintlichen Trumpf aus: Sie besetzten das Ruhrgebiet durch französische und belgische Truppen und errichteten dort ein Militärregime. Vier Tage zuvor, am 6./7. Januar 1923, hatten die Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Belgiens, der Niederlande und der Tschechoslowakei sowie deutsche und französische Gewerkschafter auf einer internationalen Konferenz in Essen vor diesem abenteuerlichen, den europäischen Frieden aufs höchste gefährdenden Schritt gewarnt. Sie riefen dazu auf, „der vereinten Offensive der Bourgeoisie eine ebenso einheitliche Defensive der brüderlich vereinten Arbeitermassen“ entgegensustellen, „um alle Lasten des Krieges und alle Kosten des wirtschaftlichen Wiederaufbaues auf die Schultern der Kapitalisten, der wahren Kriegsschuldigen, abzuwälzen!“/22/ Zur Koordinierung des Kampfes gegen die drohende Ruhrbesetzung wählte die Konferenz ein internationales Aktionskomitee.

Worum es im Ruhrkonflikt letztlich ging, wurde im Aufruf der Zentrale der KPD vom 22. Januar 1923 „Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree!“ deutlich ausgesprochen: „Die französische und deutsche Bourgeoisie sind einverstanden, einen gemeinsamen Trust zu bilden, der die Ruhrkohle mit den französischen Erzen verbindet.“/23/ Damit solle – so der Zentralausschuss der KPD im Mai 1923 – „die ökonomische Basis für die Vorherrschaft in Europa“/24/ geschaffen werden. Im Rahmen dieses beiden Kontrahenten gemeinsamen Grundinteresses ging der Streit – der bis hart an den Rand eines europäischen Krieges geführt wurde – vor allem darum, wer die Hegemonie erringt. Der Ruhrkonflikt wurde durch die Erschöpfung beider Seiten, die gegen eine französische Hegemonie gerichtete Einmischung des britischen Imperialismus und den Machtspruch des als Gläubiger und unentbehrlicher Kreditgeber übermächtigen USA-Kapitals beendet. Die zugleich parallelen und hart divergierenden Interessen blieben und wirkten weiter.

## **Gegen erneute deutsche imperialistische Expansion**

Weiter ging auch die Entwicklung internationaler monopolistischer Zusammenschlüsse in Europa. 1924/25 bildete sich das deutsch-französische Kalikartell, 1926 das deutsch-französisch-belgisch-luxemburgische Stahlkartell und das deutsch-französische Roheisenkartell, Kartelle der Draht-, Röhren-, Schienenindustrie und viele andere. Die Locarno-Verträge vom Oktober 1925 gestalteten die Bedingungen für imperialistische Integrationsbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet günstiger. Zugleich ließen sie die politischen Konsequenzen des rasanten ökonomischen Wiedererstarkens des imperialistischen Deutschlands erkennen.

Diese Entwicklung verdeutlichten die Geheimverhandlungen Stresemanns mit Briand im September 1926 in Thoiry. Ausgehend von akuten Wirtschafts- und Finanzproblemen erörterten die

beiden Außenminister – wie Stresemann seinem Tagebuch anvertraute – „ein Zusammengehen zwischen Deutschland und Frankreich in vielen großen anderen Fragen“. Briand habe erklärt, dass die Zeit für eine „Gesamtlösung“ gekommen sei. Beide waren sich einig, dass man Europa dominieren könne, „wenn Frankreich und Deutschland gemeinsame Sache machten“. Von besonderer Bedeutung war, dass beide ein Thema anschlügen, das ein Grundmotiv der Locarno-Politik war: die Erschließung (besser: Beherrschung) des sowjetischen Marktes durch die kapitalistischen Staaten zu von ihnen diktierten Bedingungen. Briand habe sich über die Möglichkeiten einer deutsch-französischen „wirtschaftlichen Kooperation zum Wiederaufbau von Rußland“ geäußert und glaube nicht, „daß sich das bolschewistische Regime noch lange behaupten werde“. Stresemann habe dem zugestimmt, aber es nicht für richtig gehalten, sich darüber in der Öffentlichkeit zu verbreiten./25/

Absoluten Klartext zu diesem Thema redete Stresemann auf einem Treffen mit den Außenministern Englands, Frankreichs, Italiens und Japans im Juni 1927 in Genf. Er betonte, dass „es notwendig ist, Rußlands Wirtschaft so eng mit dem kapitalistischen System der westeuropäischen Mächte zu verknüpfen, daß wir dadurch den Weg ebnen für eine Evolution in Rußland, die meiner Meinung nach allein die Möglichkeit gibt, aus Sowjetrußland einen Staat und eine Wirtschaft zu machen, mit der sich leben läßt“/26/.

Die kommunistische Bewegung betrachtete diese Entwicklungen aufmerksam und mit begründeter Besorgnis. Mit den Ergebnissen von Locarno befasste sich eine internationale Konferenz kommunistischer Parlamentarier im November 1925 in Brüssel. Sie konstatierte eine gewisse Entspannung zwischen den kapitalistischen Staaten in Europa, eine zunehmende Tendenz, die Widersprüche zwischen ihnen auf Kosten der Sowjetunion zu lösen, und eine wachsende Rolle des imperialistischen Deutschlands./27/ Große Aufmerksamkeit fanden die Geheimverhandlungen von Thoiry. Der 11. Parteitag der KPD (März 1927) unterstrich Deutschlands „leitende Rolle bei den internationalen Kartellbildungen“ und die Tatsache, dass der erstarkende deutsche Imperialismus „seine ökonomische Macht als außenpolitische Waffe in die Waagschale“/28/ werfe. Unter Ausnutzung der Rivalität zwischen den USA und England und des Kampfes zwischen England und Frankreich um die Hegemonie in Europa habe Deutschland die Möglichkeit zurückgewonnen, eine selbständige Außenpolitik zu treiben „und wieder in den Gang der Weltpolitik einzugreifen. Die Herausbildung eines Interventionsblocks gegen die UdSSR unter englischer Führung erhöhte das spezifische Gewicht Deutschlands, das seit Locarno immer stärker in die Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion hineingezogen wird.“/29/

Im Juni 1929 konnte die KPD im Reichstag enthüllen, dass der führende Kaliindustrielle Arnold Rechberg in Paris Ministerpräsident Poincaré und anderen Regierungsvertretern Vorschläge für gemeinsame antisowjetische Aktionen ökonomischer, finanzieller und militärischer Art unterbreitet hatte, dass Generalleutnant a.D. von der Lippe über militärische Fragen verhandelt und beide dem deutschen Botschafter v. Hoesch über ihre Verhandlungen Bericht erstattet hatten./30/ 1930 verfolgte Reichskanzler Brüning Pläne einer wirtschaftlichen Integration Deutschlands und Frankreichs, scheiterte aber – so Brüning – am Widerstand des französischen Generalstabs./31/

Eine der wichtigsten – wenn auch (auf Grund des Kräfteverhältnisses) gescheiterten – außenpolitischen Initiativen Brünnings war der im März 1931 abgeschlossene Vertrag über die Zollunion mit Österreich (im September 1931 unter internationalem – vor allem französischem – Druck wieder aufgegeben), mit dem an das Mitteleuropa-Konzept im Weltkrieg wie an Stresemanns Pläne angeknüpft wurde. Worauf dieses Projekt abzielte, sagte – wie seinerzeit Walter Rathenau – im März 1931 sehr deutlich der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Carl Duisberg (IG Farben): „Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf.“/32/ Rathenau hatte – intern und die deutschen Siegesfanfaren vom August 1914 im Ohr – unverblümt von „Deutschland“ gesprochen; Duisberg sagte – öffentlich und taktisch berechnend – „Europa“. Gemeint war das Gleiche. Dass es sich bei diesen Vorhaben nicht um isolierte, zufällige Aktivitäten einzelner Interessenten oder Interessengruppen handelte, sondern um eine *Grundorientierung* des deutschen Großkapitals, bestätigte auch der Großindustrielle Hugo Stinnes jr., wenn er im Juli 1931 in einem Brief an *Hitler* erklärte, die „Ausweitung des deutschen Raumes nach Osten und Südosten Europas“ sei „derzeit nicht durch Verschiebung der Ostgrenzen möglich, aber durch deren weitgehende Auflösung (zum Beispiel durch Zollvereine) ... bis zu den

Pripjetsümpfen und der Donaumündung...“/33/

Im Juli 1931 verhandelte Brüning in Paris mit Ministerpräsident Laval, der eine französisch-deutsche Übereinkunft anstrebte, im September 1931 in Berlin mit Laval und Außenminister Briand. Man bildete eine französisch-deutsche Wirtschaftskommission, die eine Verbesserung, Erweiterung und Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen herbeiführen sollte./34/

Von Interesse sind die Aktivitäten von Brünings Nachfolger Papen auf der Lausanner Reparationskonferenz im Juni/Juli 1932./35/ Er schlug dem französischen Ministerpräsidenten Herriot nicht nur ein deutsch-französisches Separatabkommen bezüglich der Reparationen, sondern auch eines über die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages vor. Krönung des Ganzen war der Vorschlag, Generalstabsoffiziere auszutauschen, d.h. faktisch eine offizielle, institutionalisierte Zusammenarbeit der beiderseitigen höchsten militärischen Führungsorgane auf den Weg zu bringen. Damit hatte Papen nicht nur den Bogen weit überspannt – er machte seine delikatsten Offerten überdies publik. Interessant aber ist ihre Richtung, insbesondere wenn man sie im Zusammenhang mit seinen massiven antisowjetischen Ausfällen sieht.

Alle diese Handlungen bewegten sich auf einer Linie, in einer Richtung, von der der 12. Parteitag der KPD (Juni 1929) in seiner Antikriegsresolution gesagt hatte, dass der deutsche Imperialismus auf Grund seiner relativen politischen und eklatanten militärischen Schwäche und ohne zuverlässige Verbündete Zugeständnisse von den Siegermächten des Weltkrieges nur erlangen würde, wenn er sie durch Eingliederung in den antisowjetischen Block erkaufe, wenn er bereit sei, „von der bloßen ‚Orientierung‘ auf den Westen zu einer aggressiven imperialistischen Politik gegen die UdSSR“/36/ über- zugehen.

Zusammenfassend kann man feststellen:

1. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg ist in Europa ein Streben nach internationalen Zusammenschlüssen, die über traditionelle Geschäfts- und Bündnisbeziehungen hinausgehen, ausgeprägt.
2. Die darauf gerichteten konkreten Bestrebungen und Ansätze waren antidemokratisch, gegen die elementaren sozialen Interessen breiter Volksschichten gerichtet und zumindest potenziell friedensgefährdend.
3. Von Anfang an enthielten diese Bestrebungen eine mehr oder weniger starke antisowjetische Komponente. Deren Hauptakzente waren das Streben nach Kontrolle des sowjetischen Marktes und nach einer prokapitalistischen Evolution der UdSSR.
4. Entscheidende Triebfeder dieser Bestrebungen war im Grunde immer die ökonomische Motivation. Diese wurde in der Regel durch politische Maßnahmen flankiert und oft mit militärpolitischen Ambitionen verknüpft.
5. Im Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung gegen diese Entwicklungen wirkten durchgehend drei Komponenten:
  - die Verteidigung der sozialen Rechte der Werktätigen gegen die kapitalistische Ausbeutung und deren staatliche Absicherung und Förderung;
  - der Kampf gegen die imperialistische Militärpolitik;
  - der Kampf gegen die antisowjetischen Expansionsbestrebungen.

## **Gegen eine Herrschaft Hitlerdeutschlands über Europa**

Mit dem Übergang der deutschen imperialistischen Bourgeoisie zur faschistischen Diktatur trat in der europäischen Mächtekonstellation eine wesentliche Veränderung ein. Das imperialistische Deutschland entwickelte sich a tempo zu einem gefährlichen potenziellen Aggressor, zum Hauptkriegstreiber.

Diese Veränderungen wurden vom VII. Weltkongress der KI gründlich analysiert, insbesondere im Referat von Palmiro Togliatti (Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Aufgaben der KI). Togliatti wies darauf hin, dass die Nachkriegsverträge

durch die erbitterte Rivalität der Imperialisten in Stücke zerrissen worden sind. Das schuf günstige Bedingungen für den faschistischen Aggressor: „Als die Faschisten Anfang 1933 in Deutschland zur Macht gelangten, war das Versailler System schon zu drei Viertel zunichte gemacht.“/37/

Von diesem System sind „nur die europäischen Nachkriegsgrenzen und die Verteilung der Kolonien sowie der Kolonialmandate übrig geblieben, das heißt nur das, was lediglich mit den Waffen, nur mit den Mitteln der Gewalt und des Krieges zerstört werden kann.“/38/

Diese neue, gefährliche Situation verstünden nicht alle, insbesondere „einige Gruppen von verblendeten Pazifisten, für die der Kampf gegen den Versailler Vertrag zuweilen ein Vorwand wird, um die Augen vor der aggressiven Politik und den Kriegsprovokationen der deutschen Nationalsozialisten zu schließen, ein Vorwand, um die Aufmerksamkeit der Werktätigen von der Notwendigkeit abzulenken, die Anstrengungen auf den Kampf gegen die Hauptkriegstreiber ... zu konzentrieren.“/39/

Die neue Gruppierung der Kräfte habe „ein zeitweiliges Zusammenfallen der ständigen Ziele der Friedenspolitik der Sowjetunion und der vorübergehenden Ziele der Politik einiger kapitalistischer Staaten“/40/ bewirkt. Das hätte den Abschluss von Verträgen über gegenseitige Hilfe der Sowjetunion mit Frankreich und der Tschechoslowakei ermöglicht. Es sei nicht zu bezweifeln, dass „unter gewissen Bedingungen“ der Abschluss eines Paktes möglich sei, „der sogar militärische Zusammenarbeit zwischen einem proletarischen Staat und irgendeinem kapitalistischen Staat vorsieht“/41/.

Georgi Dimitroff ging im Hauptreferat u.a. darauf ein, was notwendig sei, um die chauvinistische Demagogie der Faschisten erfolgreich zu bekämpfen. Er betonte, dass „die nationalen Formen des proletarischen Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung der einzelnen Länder“/42/ nicht dem proletarischen Internationalismus widersprechen, im Gegenteil. Mit großem Nachdruck unterstrich er: „Wir Kommunisten sind unversöhnliche, grundsätzliche Gegner des bürgerlichen Nationalismus in allen seinen Spielarten. Aber wir sind nicht Anhänger des nationalen Nihilismus...“/43/.

Auch die „Brüsseler Konferenz“ der KPD im Oktober 1935 rückte das Problem in den Mittelpunkt, dass der deutsche Faschismus durch seine Kriegspolitik Deutschland in Europa und in der Welt isoliere und einer nationalen Katastrophe entgegenführe. Dies gelte es durch die Schaffung der antifaschistischen Volksfront zu verhindern./44/ Nach der faschistischen Okkupation Österreichs wandte sich das ZK der KPD in einem Brief an das ZK der KPÖ, in dem es die Expansionsstrategie Hitlerdeutschlands entlarvte: „Die braune Diktatur will die militärische, wirtschaftliche und politische Vorherrschaft in Mitteleuropa und am Balkan errichten. Dem dient die Vergewaltigung Österreichs und ebenso der geplante Angriff gegen die Tschechoslowakei.“/45/

Die „Berner Konferenz“ der KPD im Januar 1939 konstatierte, die Politik des Hitlerfaschismus „bedroht die Existenz der deutschen Nation. Denn der Versuch der Nazidiktatur und der Kriegsschule, den Völkern ein faschistisches Versailles aufzuzwingen, ... kann nur in einem furchtbaren und hoffnungslosen Krieg enden.“ Daher sei „der Kampf gegen den Krieg, für den Sturz des Kriegstreibers Hitler, die höchste nationale Aufgabe aller Deutschen“/46/. Der Kampf für ein demokratisches Deutschland sei „untrennbar verbunden mit dem Kampf der von Hitler und der Kriegsschule unterjochten und bedrohten Völker“/47/.

Zieht man ein Fazit der Auseinandersetzung der revolutionären Arbeiterbewegung mit den verschiedensten Tendenzen und Aspekten europäischer Integration unter kapitalistischen Bedingungen, dann ergeben sich vor allem zwei Grunderkenntnisse: Zum einen, dass es sich um Bestrebungen und Institutionen des Großkapitals im Interesse des Großkapitals handelt, die deshalb konsequent zu bekämpfen sind. Zum anderen, dass dieser Kampf, der weitestgehend auf nationalem Boden zu führen ist, ein gemeinsames Anliegen der arbeitenden Massen aller Nationen ist und deshalb in internationalistischer Verbundenheit zu führen ist.

Anmerkungen



- \* Vortrag auf der Konferenz „Europa‘ und die revolutionäre Arbeiterbewegung“ am 19. November 2016 in Berlin.
- 1 Vgl. Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945. Hrsg. v. Reinhard Opitz, (Köln 1977), S. 30/31, 96-102, 107-124, 137-156, 159-163, 176-196, 204-208.
  - 2 Vgl. z.B. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im folgenden: DuM), Bd. IV, Berlin 1967, S. 53/54 u. 72/73.
  - 3 Vgl. ebenda, S. 209.
  - 4 Vgl. ebenda, S. 434.
  - 5 Ebenda, S. 251.
  - 6 Vgl. ebenda, Bd. III, Berlin 1974, S. 427-434.
  - 7 Vgl. ebenda, Bd. IV, S. 445/446.
  - 8 Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, (Düsseldorf 2009), S. 98.
  - 9 Ebenda, S. 96.
  - 10 Ebenda.
  - 11 Vgl. ebenda, S. 97.
  - 12 Vgl. ebenda.
  - 13 Vgl. W.I. Lenin: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 13-21.
  - 14 Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 156.
  - 15 Lenin, Bd. 21, S. 19.
  - 16 Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, ebenda, S. 343.
  - 17 Vgl. ebenda, S. 343/344.
  - 18 Ebenda, S. 345.
  - 19 DuM, Bd. VII, 2. Halbbd., Berlin 1966, S. 222.
  - 20 Ebenda, S. 186.
  - 21 Ebenda, S. 134.
  - 22 Ebenda, S. 205.
  - 23 Ebenda, S. 210/211.
  - 24 Ebenda, S. 316.
  - 25 Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, Dritter Band, Berlin 1933, S. 15-24.
  - 26 Ebenda, S. 153.
  - 27 Vgl. DuM, Bd. VIII, Berlin 1975, S. 256-259.
  - 28 Thesen zur politischen Lage und zu den Aufgaben der KPD, ebenda, S. 452.
  - 29 Ebenda, S. 448.
  - 30 Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928. Bd. 425, S. 2832/2833.
  - 31 Vgl. Heinrich Brüning: Die Vereinigten Staaten und Europa, Stuttgart 1954, S. 14.
  - 32 Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hrsg. u. eingel. v. W. Schumann/L. Nestler unter Mitarb. v. W. Gutsche/W. Ruge, Berlin 1975, S. 219/220.
  - 33 Fritz Klein: Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917-1932, Berlin 1952, S. 180.
  - 34 Vgl. Geschichte der internationalen Beziehungen 1917-1939, hrsg. v. W.G. Truchanowski, Berlin 1963, S. 283.
  - 35 Vgl. Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik, Düsseldorf 1984, S. 488/489.
  - 36 DuM, Bd. VIII, S. 842. Vgl. auch die Resolution über die politische Lage und die Aufgaben der KPD, ebenda, S. 817.
  - 37 VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S. 174.
  - 38 Ebenda.
  - 39 Ebenda, S. 175.
  - 40 Ebenda, S. 214.
  - 41 Ebenda, S. 216.
  - 42 Ebenda, S. 152.
  - 43 Ebenda, S. 151.
  - 44 Vgl. Resolution der Parteikonferenz der KPD, in: Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 1, Berlin 1981, S. 296/297 u. 310/311.
  - 45 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 504.
  - 46 Resolution der Parteikonferenz der KPD, in: Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 1, S. 328/329.
  - 47 Ebenda, S. 330.

## Leo Trotzki im Roten Oktober\*

1. Einleitung
2. Der Jungkommunist
3. Der Zentrismus
4. Der Bolschewik
5. Der Feldherr
6. Der Trotzkiist
7. Der Theoretiker

### 1. Einleitung

In Kürze begehen wir den 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Es wird viele Konferenzen, Publikationen und Wertungen geben – teils ihrer historischen Bedeutung gerecht werdend, teils sie verurteilend. Da Revolutionen von Menschen gemacht werden, kommt man auch hierbei nicht an den Menschen vorbei, die dabei eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Es ist allseitig unbestritten, welche Bedeutung für die Vorbereitung, Durchführung und Fortsetzung der Oktoberrevolution Wladimir Iljitsch Lenin zukommt. Weniger einheitlich sind die Meinungen über Lew Dawidowitsch Trotzki. Das erklärt sich daraus, dass einerseits in der nachrevolutionären Sowjetzeit Trotzki zum Volksverräter, Staatsfeind und faschistischen Agenten erklärt wurde. Aus der Geschichte des Roten Oktober wurde er schriftlich wie auch bildhaftig entfernt. Mitunter spürt man auch heute noch Unsicherheit darüber, ob nicht an den Vorwürfen etwas dran sei. Zudem gibt es in Großbritannien, Deutschland und Russland neue Trotzki-Biografien, die den Charakter von Schmähchriften haben und mit Entstellungen, Geschichtsfälschungen und persönlichen antisemitischen Diffamierungen Trotzki gefüllt sind.

Andererseits meinen seine Anhänger bis heute, „...dass von allen Denkern und sozialistischen Politikern Trotzki derjenige ist, der die entscheidenden Probleme unseres Jahrhunderts am deutlichsten erkannt und die adäquatesten Lösungen für sie vorgeschlagen hat“. Ernest Mandel stellt mit dieser Formulierung Trotzki sogar über Lenin, was selbst für Trotzkiisten selten ist. (E. Mandel, Trotzki als Alternative, Dietz Verlag Berlin, 1992, S.8)

Sowohl diese Position wie die im „Kurzen Lehrgang“ für sakrosankt erklärte halte ich für falsch. Es bleibt notwendig, Trotzki's Rolle in Geschichte und Politik ausgewogen und sachlich zu analysieren, seine Verdienste zu würdigen, seine Irrtümer zu erklären und ihm so letztlich historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Darum habe ich mich in meinem Buch „Trotzki und Trotzkiismus – gestern und heute“ bemüht, worauf sich dieser Beitrag stützt.

### 2. Der Jungkommunist

Da es hier nicht um eine Biografie geht, sollen Kindheit und Jugend übersprungen werden. Nur so viel: er wurde am 25. Oktober 1879 als Lew Dawidowitsch Bronstein geboren, wuchs in Janowka in der Ukraine als Kind jüdischer Siedler auf und studierte in Odessa.

Er schloss sich dort Arbeiterorganisationen an, wurde politisch aktiv und nahm an Aktionen gegen die zaristische Unterdrückung teil. Das führte 1898 zu seiner Verhaftung und Verurteilung zu 4 Jahren Verbannung in Sibirien. Dort kam er an die von Lenin herausgegebene „Iskra“ und studierte dessen Werk „Was tun?“ In Irkutsk traf er Dserschinski, Uritzki und Krischanowski – alles Vertraute Lenins. Im Herbst 1902 floh er aus der Verbannung, konnte auf vielen Umwegen London erreichen und klopfte eines sehr frühen Morgens bei Lenin an, der noch gar nicht aufgestanden war.

Und so, wie sich gemäß den Bedingungen der Illegalität Wladimir Iljitsch Uljanow den Kampfnamen Lenin zulegte und Joseph Wissarionowitsch Dschugaschwili sich Stalin nannte, hat sich Lew Dawidowitsch Bronstein auf seiner Flucht in einem falschen Pass Trotzki genannt.

Trotzki war zum Marxisten geworden. Seine vielfältigen publizistischen Aktivitäten führten dazu,

dass Lenin ihn als jüngstes Redaktionsmitglied in die „Iskra“ kooptieren wollte. Das scheiterte am Veto Plechanows.

### **3. Der Zentrist**

Die beginnende Vorbereitung auf den II. Parteitag führte zu Konflikten zwischen Lenin und Trotzki. Es ging um den Parteaufbau, um ein neues Parteistatut, um Konzentration und Zentralisation. Lenin hielt angesichts der bevorstehenden revolutionären Entwicklungen Maßnahmen für nötig, die Trotzki und einige andere Führungskader nicht akzeptierten. Auf diesem Hintergrund erfolgte 1903 die Trennung von Bolschewiki unter Lenin und Menschewiki unter Trotzki. Im Rahmen dieser sich verschärfenden Auseinandersetzungen verfasste Trotzki ein bösesartiges polemisches Pamphlet gegen Lenin, was ihm später noch hart auf die Füße fiel.

Die Entwicklung zwang den beiden Gruppierungen auf, sich zu entscheiden für eine revolutionäre Entfaltung unter Führung der Arbeiterklasse oder des nationalen Bürgertums. Letzteres wurde von den Menschewiki favorisiert. Auf der Basis seiner marxistischen Grundhaltung konnte sich Trotzki darauf nicht einlassen, aber infolge seiner Konflikte mit Lenin auch nicht zu den Bolschewiki übergehen. Und so versuchte er, zwischen den beiden Gruppierungen zu vermitteln und sie wieder zu vereinen. Damit wurde er zum Zentrismen.

Als der I. Weltkrieg begann und die II. Internationale zusammenbrach, blieb nur eine Handvoll marxistischer Politiker dem Internationalismus treu. An die Seite von Lenin, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht u. a. stellte sich auch Trotzki. Auf der von den Kriegsgegnern 1905 organisierten Konferenz in Zimmerwald nahm Trotzki nicht nur teil, sondern schrieb im Auftrag der Konferenzteilnehmer ein Manifest, das von allen Delegierten einstimmig angenommen wurde. Im Verlaufe dieser Entwicklungen näherte sich Trotzki den bolschewistischen Positionen wieder und zunehmend stärker an. Er durchlebte also von 1903 bis 1917 eine Periode von Irrungen und Wirrungen, die aber 1917 endgültig vorbei war.

### **4. Der Bolschewik**

Lenin kehrte im März 1917 aus der Schweiz nach Petrograd zurück und verkündete die berühmten April-thesen, die auf die Vorbereitung des Aufstandes orientierten. Trotzki kehrte im Mai aus dem Exil in USA zurück und erklärte sofort sein vorbehaltloses Einverständnis mit Lenin. An der Begrüßungszeremonie nahmen Lenin und Sinowjew teil. Raskolnikow erinnerte sich: „Lew Dawidowitsch war zu jener Zeit formell kein Mitglied unserer Partei, aber tatsächlich arbeitete er in ihr ununterbrochen von dem Tage seiner Ankunft aus Amerika an. Jedenfalls betrachteten wir alle ihn nach seiner ersten Rede im Sowjet als einen unserer Parteiführer“. Er wurde aufgrund seiner rednerischen Begabung und seiner schriftstellerischen Aktivitäten schnell zu einer der führenden Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei. Er wurde Mitglied des Zentralkomitees. Dazu die Einschätzung Lenins: „Trotzki hat verstanden, dass die Einheit mit den Menschewiken unmöglich ist, und seit diesem Augenblick gibt es keinen besseren Bolschewiken als Trotzki.“

Als im September 1917 die Bolschewiki die Mehrheit im Petrograder Sowjet errangen, wurde Trotzki zu seinem Vorsitzenden. Er leitete das Revolutionäre Militärkomitee, das für die Organisation des Aufstands und vor allem für den Übergang der Soldaten der Petrograder Garnison auf die Seite der Aufständischen die entscheidende Rolle spielte.

Ohne hier auf alle Einzelheiten dieser komplizierten Entwicklung eingehen zu können ist hervorzuheben, dass Trotzki bei der unmittelbaren Vorbereitung und Auslösung des Aufstands stets auf Lenins Seite stand und dessen Position gegen den Widerstand von Kamenjew, Sinowjew und der Menschewiki verteidigte. Auf Trotzkis Empfehlung fasste das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets am 12. Oktober den Beschluss, ein Revolutionäres Militärkomitee zu bilden und Trotzki den Vorsitz zu übertragen. Dieses RMK übernahm das Kommando über die Garnison der Hauptstadt, über andere Truppenteile und über die militärischen Einheiten der Partei und der Milizen. Alle Zeitzeugen bestätigen in unzähligen Publikationen das, was Suchanow in seinem Buch über das Jahr 1917 wie folgt zusammenfasste: „Trotzki riss sich von der Arbeit im revolutionären Hauptquartier los und stürzte sich in eigener Person von der Obochowski-Fabrik in die Trubochni-Fa-

brik, von den Putilow-Werken zu den Baltischen Werken, von der Kavallerieschule zu den Kasernen; er schien an allen Plätzen zugleich zu sprechen ... Sein Einfluss, sowohl auf die Massen als auch im Stab war erdrückend. Er war die zentrale Persönlichkeit dieser Tage und der Hauptheld dieser wunderbaren Seite der Geschichte.“

Übrigens: zu einer Zeit zu der der Name Stalin weder in Russland noch international eine wesentliche Rolle spielte, schrieb Rosa Luxemburg 1918: „Es waren Lenin und Trotzki mit ihren Freunden die ersten, die dem Weltproletariat mit dem Beispiel vorangegangen sind, sie sind bis jetzt immer noch die einzigen, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt! ... In diesem Sinne bleibt ihnen das unsterbliche geschichtliche Verdienst mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein.“

Diese Einschätzung von Rosa Luxemburg bleibt uneingeschränkt gültig und sollte uns bei der Würdigung des Roten Oktober und seiner führenden Revolutionäre im Bewusstsein bleiben.

Da zu dieser Zeit der Weltkrieg noch im Gange war, deutsche Truppen tief im russischen Territorium standen und die junge Sowjetmacht mit dem Ruf nach Frieden angetreten war, musste diese Forderung nun umgesetzt werden. Als Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten erhielt Trotzki den Auftrag, mit dem deutschen Oberkommando in Friedensverhandlungen einzutreten. Es ist hinreichend bekannt und vielfach beschrieben, dass Trotzki diese Verhandlungen entgegen der Meinung Lenins verzögerte und sich erst nach einer erneuten deutschen Offensive Lenins Meinung anschloss. Dadurch waren aber wichtige Landesteile den deutschen Truppen zugefallen, was Lenin eben gerade verhindert sehen wollte. Dies war eine der wichtigsten politischen Fehlentscheidungen Trotzki's, die ihm lebenslang und zu Recht angekreidet wurde. Er hat sich das auch selbst später nie verziehen.

## 5. Der Feldherr

Die nach dem nunmehr verlustreichend Friedensschluss folgende Periode war die des Bürgerkriegs und der ausländischen Interventionen. Unter den weißgardistischen Generalen Kornilow, Koltschak und Denikin, verstärkt durch ein Regiment tschechischer Truppen, rückten die weißen Armeen in Richtung Moskau und Petersburg vor. Die noch im Entstehen begriffene und keineswegs gefestigte Rote Armee hatte größte Mühe, diesen Angriffen stand zu halten. Hier ist nicht Platz und nicht Aufgabe, diesen komplizierten Kriegsverlauf nachzuzeichnen. Aber gemäß unserem Thema Trotzki soll ein für den letztlichen Sieg der Roten Armee wesentliches Detail erwähnt werden. Trotzki war als Oberbefehlshaber der Roten Armee darum bemüht, die zersplitterten Fronten ständig im Blick zu haben, den jeweiligen Abschnittskommandeuren konkret Rat und Hilfestellung zu geben und auch jungen Armeeeinheiten durch persönlichen Einfluss und Einsatz den Rücken zu stärken. Dafür wandte er eine in der Kriegsgeschichte einmalige Methode an. In der Nacht vom 7. zum 8. August 1918 lies Trotzki auf der Basis des Salonwagens und einiger Spezialwaggons des früheren zaristischen Eisenbahnministers einen Zug zusammenstellen, der wie folgt zusammengesetzt war: ein zentraler Waggon des Volkskommissars als Arbeitsraum und Kommandozentrale, je ein Wagen für die Sekretäre und Mitarbeiter, eine Druckerei, ein Erholungsraum, ein Speiseraum, ein Waggon mit Lebensmitteln und Ausrüstungsreserven, ein Rundfunksender mit Telegrafentaste und ein Sanitätswagen. An der Spitze und am Ende des Zuges waren je ein gepanzerter Wagen mit einer speziellen Maschinengewehrabteilung platziert. Wegen seiner Schwere und der nötigen Geschwindigkeiten wurde der Zug von zwei Lokomotiven gezogen. Am Morgen des 8. August 1918 fuhr dieser Zug unter dem persönlichen Kommando Trotzki's aus Moskau ab und war während des gesamten zweieinhalbjährigen Krieges unterwegs an vielen Fronten. Wo er auftauchte, brachte er zurückweichende Fronten zum Stehen, fügte auseinanderlaufende Truppen zusammen und übte wesentlichen Einfluss auf die Moral der Truppen aus. Dieser Panzerzug Trotzki's hat Geschichte geschrieben. Generalstäbler der deutschen Armee haben Trotzki's Truppenführung napoleonisches Format zugesprochen.

An dieser Stelle soll vermerkt werden, dass in der bekanntlich von Stalin selbst redigierten „Geschichte der KPdSU (B)“ in Kapitel IX über den Bürgerkrieg und die ausländische Intervention der Name Trotzki nicht ein einziges mal genannt wird, obwohl mehrere Truppenführer namentlich lo-

bend aufgeführt werden.

## 6. Der Trotzki

Diese Geschichtsfälschungen führen zu der Frage nach der Entstehung des Trotzismus. Wie kann bei solcher Lage Trotzismus entstehen, der als antikommunistisch und volksfeindlich gekennzeichnet wurde. Die Frage gliedert sich in zwei Teile: Erstens gewissermaßen die Vorgeschichte zu Lenins Lebzeiten und zweitens die eigentliche Entstehung nach Lenins Tod.

Die erste Phase beruht auf zunehmenden Differenzen von Lenin mit Stalin. Es entstand zunächst ein Konflikt im Herbst 1918 während des Bürgerkrieges. Die wichtige und ins Wanken geratene Südfront wurde von Woroschilow kommandiert, der von Stalin protegiert wurde. Trotzki's Bemühungen um Reorganisation der Front zwecks Stabilisierung stieß auf solchen Widerspruch Stalins, dass dieser sich in Moskau über Trotzki beklagte. Darauf telegraphierte Trotzki nach Moskau: „Ich bestehe kategorisch auf der Abberufung Stalins: die Dinge entwickeln sich auf der Zarizyn-Front trotz überreicher Militärkräfte schlecht. Woroschilow ist befähigt, ein Regiment zu kommandieren, aber keine Armee von 50 000 Menschen.“ Lenin gab Trotzki Recht und zwei Tage danach wurde Stalin nach Moskau zurückbeordert.

Am Rande sei bemerkt, dass Woroschilow auch später stets auf Seiten Stalins zu finden war und dafür mit der Mitgliedschaft im Politbüro, mit dem Marschallstab und dem Posten des Verteidigungsministers belohnt wurde. Und dies, obwohl er weder im Bürgerkrieg mit Männern wie Budjonny und Tuchatschewski vergleichbar war noch im zweiten Weltkrieg neben Heerführern wie Shukow, Tschuikow, Rokosowskij u. a. eine Rolle spielte.

Danach kam es zu scharfen Auseinandersetzungen Lenins mit Stalin. Als Volkskommissar für Nationalitäten betrieb Stalin die Einverleibung Georgiens in die Russische Föderation von Sowjetrepubliken, und zwar z. T. mit militärischer Gewalt und bei Einschränkung von Georgiens Autonomie. Lenin war strikt gegen einen solchen Weg. Er wurde durch Intrigen, Desinformationen und Unterschlagung von Fakten hingehalten, bis er Schritt um Schritt die Gefährlichkeit der stillschweigend angehäuften Machtfülle Stalins erkannte. Da Lenin aus gesundheitlichen Gründen an der ZK – Sitzung zu dieser Frage nicht teilnehmen konnte, schrieb er am 5. März 1923 folgenden Brief an Trotzki: „Ich möchte Sie sehr bitten, die Verteidigung der georgischen Sache im ZK der Partei zu übernehmen. Die Angelegenheit steht jetzt unter Verfolgung von Stalin und Dserschinski, und ich kann mich auf deren Unparteilichkeit nicht verlassen. Sogar im Gegenteil. Wenn Sie bereit wären, die Verteidigung zu übernehmen, könnte ich ruhig sein ... Mit bestem kameradschaftlichen Gruß Lenin“.

Der nächste seriöse Konflikt zwischen Lenin und Stalin entstand 1923 im Zusammenhang mit der Einführung der NÖP und betraf das Außenhandelsmonopol des Staates. Während Stalin mit anderen für seine Abschaffung plädierte, waren Lenin und Trotzki für seine unbedingte Einhaltung, um Wirtschafts- und Handelsbeziehungen unter Kontrolle des Staates zu halten. In Abwesenheit Lenins, der gesundheitlich schon eingeschränkt war, wurden im Oktober 1922 von Stalin und andere praktische Einschränkungen des Außenhandelsmonopols beschlossen, wogegen Lenin sofort in einem Brief an Stalin protestierte. Stalin hat eigenhändig darauf wie folgt reagiert: „Der Brief des Genossen Lenin hat meine Ansicht über die Richtigkeit der Entscheidung ..., den Außenhandel betreffend, nicht geändert.“ Daraufhin wurde die Sache dem ZK – Plenum vom 18. Dezember 1922 vorgetragen, an dem aber Lenin nicht teilnehmen konnte. Und jetzt passiert Folgendes: Lenin schrieb am 15. Dezember an Trotzki: „Genosse Trotzki, ich glaube, wir sind zu einem vollen Einverständnis gelangt, und ich bitte Sie, auf der Plenarsitzung unsere solidarische Haltung zu bekunden.“ Und in einem Brief an die Mitglieder des ZK schrieb Lenin: „Ich bin zu einem Einverständnis mit Trotzki in der Vertretung meiner Ansichten über das Außenhandelsmonopol gekommen ... Ich bin überzeugt, dass Trotzki meinen Standpunkt genauso gut wie ich selbst verteidigen wird.“ Am 18. Dezember widerrief das ZK seine Entscheidung vom Oktober und folgte Lenins und Trotzki's Argumenten. Die Folgen für das Verhältnis Stalin–Trotzki muss man nicht ausmalen.

Diese Differenzen zwischen Lenin und Stalin verschärften sich durch die Beleidigungen Stalins gegenüber Krupskaja. Lenin drohte beim Ausbleiben einer persönlichen Entschuldigung mit dem Abbruch aller persönlichen Beziehungen. Stalin fügte sich.

Da Trotzki in allen diesen Fragen stets vorbehaltlos auf der Seite Lenins stand, entwickelte sich schon in dieser Phase der Gegensatz Stalin-Trotzki, gewissermaßen als Vorgeschichte zur späteren Etablierung des Trotzkiismus.

Zunächst mündete das in dem berühmten „Testament“ Lenins.

Nach Lenins Tod folgte die zweite Etappe, in der der Gegensatz zwischen diesen Beiden landesweit bekannt und parteioffiziell wurde. Das begann damit, dass Stalin an Trotzki, der sich auf einer Reise zur Kur befand, einen falschen Termin für Lenins Beisetzung nannte. Infolge der Verschiebung dieses Termins konnte Trotzki nicht an dieser Feierlichkeit teilnehmen, während Stalin sich als vierter Redner (von insgesamt 17) auf der Trauerfeier präsentierte.

hielt allein die Grabrede und präsentierte sich so als Nachfolger.

Danach wurde der Begriff des Leninismus entwickelt, den es zu Lenins Lebzeiten nicht gab. In der Prawda vom 24. März 1923 wurde der Begriff „Leninismus“ erstmalig von Kamenjew gebraucht. In den Folgejahren wurde dies ausgebaut und von vielen leitenden Parteifunktionären bis in die Internationale eingeführt. Dabei wurden Trotzki's Auffassungen als Gegensatz dazu dargestellt und daraus der Begriff Trotzkiismus abgeleitet. In diesem Gegensatzpaar Leninismus–Trotzkiismus bewegten sich die Parteidiskussionen bis zur Mitte der dreißiger Jahre. Ob es sich um die „neue Opposition“ handelte, in der sich die vorherigen Gefolgsleute Stalins Sinowjew und Kamenjew mit Trotzki und Radek verbündeten, oder um die „rechten Kapitulanten“ um Bucharin, Rykow und Tomski – stets wurde der Trotzkiismus als allgemeine Plattform untergelegt. Was mit all den Genannten und vielen nichtgenannten Oppositionellen Mitte der dreißiger Jahre geschah, ist hinreichend bekannt.

Dem Schicksal der Opfer der Moskauer Prozesse konnte Trotzki nur entgehen, weil infolge seiner Rolle in der Oktoberrevolution und seiner Verdienste im Bürgerkrieg sein Ansehens und seine Autorität in der Partei, in der Armee und auch international so groß war, dass Stalin ihn lieber außer Landes sah, anstatt ihn in die Moskauer Prozesse einzubeziehen.

1927 erfolgte der Parteiausschluss von Trotzki, Sinowjew, Kamenjew, Radek und 75 anderen Genossen. 1929 erfolgte die Ausweisung Trotzki's und er ging ins Exil, zunächst in die Türkei und später auf Umwegen nach Mexiko, wo er 1940 im Auftrage Stalins ermordet wurde.

Zu der Konstruktion Leninismus kontra Trotzkiismus sei ein kleiner Exkurs erlaubt. In seiner Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation, enthalten in Stalins Werke, Bd. 10, S. 81, antwortete Stalin auf die Frage nach neuen Prinzipien, die Lenin dem Marxismus hinzugefügt habe: „Ich glaube, dass Lenin dem Marxismus keinerlei neue Prinzipien hinzugefügt hat, ebenso wie Lenin kein einziges der alten Prinzipien des Marxismus aufgegeben hat. Lenin war und bleibt der treueste und konsequenteste Schüler von Marx und Engels und stützt sich voll und ganz auf die Prinzipien des Marxismus.“ Aus dieser eindeutig zutreffenden Feststellung Stalins schlussfolgert Alfred Kosing in seinem sehr lesenswerten Buch „Stalinismus!“, dann „... entfällt offenbar auch die Berechtigung, dem Marxismus einen anderen Ismus gleichwertig zur Seite zu stellen, und damit einen Bindestrich–Marxismus zu schaffen. Die Theorie des Leninismus erweist sich damit als eine haltlose Zweckkonstruktion Stalins“ (S. 287). Und dieser Zweck bestand eben in der Schaffung des Gegensatzpaares Leninismus–Trotzkiismus.

Und noch ein weiterer Aspekt verlangt Klärung. Sowohl bei Anhängern Stalins wie Trotzki's besteht die Legende, dass Trotzki von 1924 bis 1929 Wortführer der Opposition und Hauptgegner Stalins gewesen sei. Die Analyse der Fakten zeigt ein anderes Bild. Es gab eine Reihe von Vorgängen, deren Nutzung zu einer ernsthaften Erschütterung von Stalins Position hätte führen können und Trotzki's Stellung gefestigt hätte. Stattdessen unterstützte er die vom Triumvirat Stalin, Kamenjew und Sinowjew geforderte Geheimhaltung des Testaments Lenins, in dem ja die Abberufung Stalins als Generalsekretär empfohlen wurde. Oder: Als in Partei und Bevölkerung die Unzufriedenheit mit den Methoden von Partei und Staatsbürokratie deutlich zunahm, verfassten 1924 sechsvierzig leitende Parteifunktionäre einen Protestbrief an die Parteiführung. Trotzki unterschrieb diesen Brief nicht, sondern entwarf zusammen mit Stalin und Kamenjew eine Resolution, die der Beruhigung von Partei und Bevölkerung dienen sollte und mehr Demokratie versprach. Die Beruhigung erfolgte, aber der Parteiapparat konnte sich weiter festigen.

Oder: als auf dem XII. Parteitag 1923 der Bericht des Politbüros von Trotzki erstattet werden sollte, was seine Position sehr gefestigt hätte, lehnte er dies ab und schlug selbst Stalin als Hauptre-

ferenten vor,

Der böseste Fall solcher Vorgänge ereignete sich 1925. Der amerikanische Trotzkiist Max Eastman veröffentlichte ein Buch „Seit Lenin starb“ und berichtete darin über Lenins Testament und den Umgang damit seitens der Führung der KPdSU. Dies war auch als Unterstützung Trotzki's gedacht. Um den damit ausgelösten internationalen Skandal zu unterdrücken, verpflichtete das Politbüro Trotzki als den wohl glaubwürdigsten Zeugen, Eastmans Darstellung öffentlich zurückzuziehen. Dafür wurde ihm folgender Text diktiert: „Alle Redereien über ein verheimlichtes oder verletztes Testament sind bösartige Erfindungen und sind ganz und gar gegen den faktischen Willen Wladimir Iljitschs sowie gegen die Interessen der von ihm geschaffenen Partei gerichtet.“ Trotzki unterschrieb dieses Papier gegen besseres Wissen. Dies war die gewissenlose Desavouierung eines Verbündeten und eine Kapitulationserklärung gegenüber Stalin und seinem Politbüro.

Trotzki war also nicht nur Kontrahent Stalins, sondern teilweise auch Verbündeter, war nicht vorrangig in der Offensive, sondern war vielfach in der Defensive. Das änderte sich erst im Exil, wo es aber nur noch literarische Bedeutung hatte. Diese Widersprüchlichkeit wird in der trotzkiistischen Literatur i. d. R. verschwiegen und Trotzki als einsamer Held gefeiert.

## 7. Der Theoretiker

Trotzki verstand sich stets als Parteitheoretiker, war damit weit von akademischem Wissenschaftsgehalte entfernt und bemühte sich um marxistische Denkweise. Dies ist ihm in einem wesentlichen Punkt gelungen: seine Analyse der sowjetischen Gesellschaft in seinem Buch „Verratene Revolution“ (1936) enthält so viel richtige Aussagen, dass sie heute von vielen Autoren wiederholt werden – vielfach ohne Bezug auf den Ursprung. Dabei geht es vor allem darum, den Zustand von Partei und Gesellschaft der Sowjetunion ab Ende der 20-er / Beginn der 30-er Jahre nicht vorrangig von einer Person herzuleiten. Aufzudecken sind gesellschaftliche Strukturen, wirtschaftliche Hintergründe, parteipolitische Interessen usw. Viele heutige marxistische Stalinismus-Analysen beschreiten diesen Weg. Aber der erste auf dieser Strecke war Trotzki.

Neben solch positivem Aspekt gibt es aber auch sehr ernste Abweichungen von marxistischem Denken. Das gilt für Trotzki's Vergleich von Stalinistischer Herrschaft und Faschismus. In seiner o. g. Schrift vergleicht er die Sowjetherrschaft mit dem deutschen Faschismus. Dabei kommt er zu Schlüssen wie: „Stalinismus und Faschismus stellen ... symmetrische Erscheinungen dar. In vielen Zügen sind sie erschreckend ähnlich“, oder „... es ähnelt die Sowjetbürokratie jeder anderen Bürokratie, besonders der faschistischen“. In einer anderen Schrift schrieb er 1940, „dass kein Unterschied zwischen dem Sowjetstaat und den faschistischen Ländern besteht“.

Damit begibt sich Trotzki in unmittelbare Nähe der These, Rot ist gleich Braun.

Aber wenn diese These und die in diesem Zusammenhang entwickelte Totalitarismustheorie an der Oberfläche sichtbare formale Erscheinungsformen vergleicht, so geht Trotzki noch einen Schritt weiter. Er versucht zu erklären, dass der „Sowjetbonapartismus“ aus der gleichen historischen Ursache entstand, wie der Faschismus. Das Ausbleiben der Weltrevolution nach dem I. Weltkrieg sei diese Ursache. Er formuliert die seiner Meinung nach „unabweisbare Schlussfolgerung: Die Erstickung der Sowjetdemokratie durch die allmächtige Bürokratie geht auf ein und dieselbe Ursache zurück wie die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie durch den Faschismus ...“.

Es geht also nicht nur um den Vergleich von Äußerlichkeiten und Oberflächen, sondern um die Behauptung gleicher historischer und sozialer Grundlagen von Stalinismus und Faschismus. Der unwissenschaftliche und damit unmarxistische Charakter dieser Thesen, aber auch ihre politische Schädlichkeit brauchen hier nicht bewiesen zu werden.

Das am meisten beachtete theoretische Projekt war sein Konzept der permanenten Revolution. Von den Trotzkiisten wird es bis heute als größte wissenschaftliche Leistung gefeiert.

Von marxistischer Seite wird es zumeist pauschal verworfen. Unterzieht man sich jedoch der Mühe, dieses Konzept detailliert zu analysieren, zeigen sich einige Aspekte, die selten beachtet werden.

Zunächst ist festzustellen, dass sich dieses Konzept in zwei Teile gliedert, die unterschiedlich zu bewerten sind. Es geht erstens um den Übergang von der bürgerlich– demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution. Zweitens geht es um die Möglichkeit oder Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Lande, um die Permanenz der Revolution bis zur Weltrevolution.

Im Hinblick auf den ersten Punkt konstatierte Trotzki, dass eine demokratische Revolution noch bürgerlichen Charakters, in der aber das Proletariat die Hegemonie übernimmt, „unvermeidlich und in kürzester Frist vor Aufgaben gestellt sein wird, die mit weitgehenden Eingriffen in die bürgerlichen Eigentumsrechte verbunden sind. Die demokratische Revolution wächst unmittelbar in die sozialistische hinein und wird dadurch schon zur permanenten Revolution“.

Dies deckt sich im Wesentlichen mit den April–Thesen Lenins von 1917. Lenin entwickelte die politische Forderung, „... von der demokratischen Revolution werden wir sofort, und zwar nach Maßgabe unserer Kraft, der Kraft des klassenbewussten und organisierten Proletariats, den Übergang zur sozialistischen Revolution beginnen. Wir sind für die ununterbrochene Revolution. Wir werden nicht auf halbem Wege stehen bleiben“. (Werke 9, 232) Nicht nur Lenin war in dieser Frage mit Trotzki einig. Rosa Luxemburg schrieb 1905 nach Beginn der russischen Revolution: „Und nun beginnt erst die eigentliche Aufgabe der Sozialdemokratie, um den revolutionären Zustand in Permanenz zu erhalten“. (Werke 1 / 2, 489) Und im November 1905 veröffentlichte Franz Mehring einen Leitartikel unter der Überschrift „Die Revolution in Permanenz“; darin lobt er das russische Proletariat, „das jene „Revolution in Permanenz“ begriffen hat ...“ (Die Neue Zeit, 24. Jahrgang, S. 169) Trotzki befand sich also in guter Gesellschaft und verteidigte diese Position gegen die Menschewiki, die sich auf eine demokratisch–bürgerliche Revolution unter der Vormundschaft des Bürgertums als längere Periode kapitalistischer Entwicklung eingestellt hatten.

Die Entwicklung von Februar bis Oktober 1917 hat diese revolutionstheoretische Position bestätigt.

Ganz anders verhält es sich mit dem 2. Aspekt von Trotzki's Theorie.

Damit kommen wir zu jenen Widersprüchen und inneren Gegensätzlichkeiten, die Trotzki's theoretisches Denken und auch politisches Handeln geprägt haben und deutlich gekennzeichnet werden müssen.

Beim 2. Aspekt der Theorie der permanenten Revolution geht es um die Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Trotzki geht aus von der internationalen Verflechtung der Weltwirtschaft, schließt daraus auf den internationalen Charakter des Klassenkampfes und hält die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft nur im Weltmaßstab für möglich – erreichbar durch die Weltrevolution. Sein „Schema der Weltrevolution“ sieht so aus: „Die sozialistische Revolution beginnt auf nationalem Boden, entwickelt sich international und wird vollendet in der Weltarena. Folglich wird die sozialistische Revolution in einem neuen, breiteren Sinne des Wortes zu einer permanenten Revolution: sie findet ihren Abschluss nicht vor dem endgültigen Siege der neuen Gesellschaft auf unserem ganzen Planeten“. (Perm. Rev. 186)

Und wie hat man sich das „Programm der sozialistischen Weltrevolution“ vorzustellen? Um jeden Vorwurf von Fehlinterpretation oder „aus dem Zusammenhang gerissen“ zu entgehen, sei die Antwort von Trotzki ausführlich zitiert: „Unter den Bedingungen des entscheidenden Übergewichts kapitalistischer Beziehungen in der Weltarena wird dieser Kampf unvermeidlich zu Explosionen führen, d. h. im Innern zum Bürgerkrieg und außerhalb der nationalen Grenzen zum revolutionären Krieg. Darin besteht der permanente Charakter der sozialistischen Revolution“. Daran halten auch die heutigen Trotzkiisten fest!

Im Bewusstsein dessen, dass die kapitalistischen Beziehungen in der Weltarena das entscheidende Übergewicht haben, dass das international angehäuften Atomwaffenpotential bereits menschenheitsgefährdend ist und dass die modernste Technik und Wissenschaft zur imperialistischen Herrschaftssicherung rücksichtslos eingesetzt wird, die Erwartung oder Beförderung von Bürgerkriegen zu empfehlen und „außerhalb der nationalen Grenzen zum revolutionären Krieg“ aufzurufen, ist abenteuerlich. Wenn darin, wie Trotzki schreibt, der Charakter der permanenten Revolution besteht, ist diese Theorie nicht nur aus der Sicht der unterdrückten Klasse, sondern in humanistischem Menschheitsinteresse nicht akzeptabel.

Aus dieser weltrevolutionären Vorstellung ergibt sich eine weitere Frage. Wenn Sozialismus nur im



Weltmaßstab realisierbar ist, kann es keinen Sozialismus in einem einzelnen Lande geben. Damit würden alle Bemühungen um die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in einem einzelnen Lande gegenstandslos bzw. von vornherein zum Scheitern verurteilt. Diese gegensätzlichen Auffassungen von der Möglichkeit oder Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Lande standen und stehen im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen von Trotzisten und Kommunisten.

Dabei spielt die trotzkistische Behauptung eine Rolle, Stalin habe 1924 die These vom Sozialismus in einem Lande aufgestellt und dies sei gegen Lenins Gesellschaftskonzept gerichtet gewesen. Die Fakten sehen jedoch anders aus.

Ungeachtet dessen, was Stalin später in diesem Lande angerichtet hat, darf nicht verschwiegen werden, dass er im Hinblick auf die sozialistische Entwicklung der Sowjetmacht die Schlussfolgerung aus Lenins Vorgaben gezogen hat. Alle Arbeiten Lenins in der Zeit vom Ende des Kriegskommunismus bis zu seinem Tod 1924 waren gekennzeichnet von dem Bemühen, Wege, Methoden und Maßnahmen zu entwickeln, die dem Aufbau des Sozialismus in diesem Lande dienen. Die Orientierung auf die Elektrifizierung nennt Lenin eine „absolut wissenschaftliche Perspektive ... und in zehn bis zwanzig Jahren werden wir ganz Russland, das industrielle wie das landwirtschaftliche, elektrisch machen“. Und wie grundsätzlich Lenin diese Orientierung auf sozialistischen Aufbau nahm, zeigt sein Hinweis darauf, dass dieser Elektrifizierungsplan „das zweite Programm der Partei“ sei. Oder im Zusammenhang mit dem Wachstum der Genossenschaften spricht Lenin davon, dass dies „mit dem Wachstum des Sozialismus identisch ist“. Das mag genügen. Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass in diese Zeit die Ausarbeitung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) fiel, die insgesamt der Festigung der Sowjetmacht diene.

Lenin hat also bereits den sozialistischen Aufbau in seinem Lande begonnen – und dies schon im Bewusstsein dessen, dass die Revolution in Deutschland und andernorts ausbleibt und der Aufbau des Sozialismus in einem Lande begonnen werden muss. Damit stellt sich die Trotzkische Behauptung von der Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Lande nicht nur gegen Stalin, sondern vor allem gegen Lenin!

Der Prüfstein für die Richtigkeit einer Theorie ist die Praxis. Im vorliegenden Fall zeigt die Praxis, dass in einem einzelnen Land über 30 Jahre sozialistischer Aufbau erfolgte, dass im Ergebnis eines Weltkrieges einige weitere sozialistische Staaten entstanden, dass in Asiens größtem Land infolge revolutionärer Entwicklung ein sozialistischer Weg beschritten wurde, dass die kubanische Revolution zu sozialistischer Entfaltung führte.

Während in einigen Ländern diese Entwicklung nicht durchgehalten wurde, wird sie in anderen Ländern fortgesetzt.

Die Geschichte zeigt also, dass Trotzki in wichtigen Fragen den sicheren Pfad des dialektischen und historischen Materialismus verlassen hat und auf Abwege geriet. Dafür gibt es außer den genannten Fällen noch andere Beispiele von politischen und historischen Fehleinschätzungen. Aber man muss hinzufügen: er ist nie zum Verräter geworden und nie zum Klassengegner übergelaufen.

Wenn wir jetzt den 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begehen, so ist auch die Rolle der Persönlichkeiten zu würdigen, die dieses jahrhundertbestimmende Ereignis realisiert haben. Und so darf marxistisches Geschichtsbewusstsein nicht verlorengehen lassen, dass Leo Trotzki dabei der engste Vertraute und zuverlässigste Mitstreiter von Lenin war.

\* Alle Zitate sind in den Quellenangaben des o. g. Buches nachprüfbar.

## Veranstaltungen des Arbeitskreises 2017

Donnerstag,  
26. Januar Sowjetunion und kommunistische Bewegung im Zerrspiegel bürgerlicher  
Geschichtspolitik.  
Einführung: Prof. Dr. Heinz Karl

**Sonnabend,  
18. Februar Konferenz:  
Oktoberrevolution 1917 – wichtigste Zäsur des 20. Jahrhunderts**

Vorträge:

*Prof. Dr. Götz Dieckmann* (Belzig)  
Der historische Platz der Oktoberrevolution 1917.

*Prof. Dr. Nina Hager* (Berlin)  
Was lehren 100 Jahre seit dem Oktober 1917?

Dazu laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e.V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von 11.00 bis 17.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*, Hagenstr. 57  
(Nähe Regional-, S- u. U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Donnerstag,  
9. März Von der Moskauer Außenminister-Konferenz 1947 zur „Stalin-Note“ 1952. Chancen  
und Blockaden zur Lösung der deutschen Frage.  
Einführung: Prof. Dr. Siegfried Prokop

Donnerstag,  
13. April Der Rapallo-Vertrag 1922 und die Lehren von 95 Jahren für das Verhältnis  
Deutschlands zu Russland.  
Einführung: Dr. Reiner Zilkenat

Donnerstag,  
18. Mai Antifaschistische Aktion 1932 und heute.  
Einführung: Prof. Dr. Heinz Karl

Donnerstag,  
22. Juni Kann ein Dritter Weltkrieg verhindert werden? (100 Jahre nach dem Stuttgarter  
Internationalen Sozialisten-Kongress)  
Einführung: Dr. Eckhard Müller

**Sonnabend,  
14. Oktober Konferenz: Ist die antifaschistische Volksfrontpolitik gescheitert?**

Schwerpunkte: Wie entstand die Volksfront und welche Ergebnisse hatte sie?  
Kann uns die Volksfrontpolitik heute noch etwas sagen?

(Tagungsort, Tagungszeit und Regularien wie am 18. Februar)

*Weitere Donnerstag-Veranstaltungen* finden am 14. September und 23. November statt.

Die **Donnerstag-Veranstaltungen** beginnen jeweils um **16.00** Uhr. Sie finden im *Bildungsverein*

*am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 oder 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-65 970 79

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-98 665 74